

Stadt Bergisch Gladbach

Der Bürgermeister

Datum

28.07.2017

Ausschussbetreuender Fachbereich

Zentraler Dienst 5-10

Schriftführung

Hans-Jörg Fedder

Telefon-Nr.

02202-142865

Niederschrift

Jugendhilfeausschuss

Sitzung am Donnerstag, 29.06.2017

Sitzungsort

Ratssaal des Rathauses Bensberg, Wilhelm-Wagener-Platz 1, 51429 Bergisch Gladbach

Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis)

17:00 Uhr - 18:03 Uhr

Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis)

Keine

Sitzungsteilnehmer

Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis

Tagesordnung

Ö Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit**
- 2 Genehmigung der Niederschrift der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil**
- 3 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 11.05.2017 - öffentlicher Teil**
0287/2017
- 4 Mitteilungen der Ausschussvorsitzenden**
- 5 Mitteilungen des Bürgermeisters**

- 6 Sachstandsbericht "Stadtteilhaus im Hermann-Löns-Viertel (HLV)"**
0289/2017
- 7 Landesprogramm zur Förderung der sozialen Arbeit an Schulen - Fortführung im Jahr 2018**
0231/2017
- 8 Bericht über die Freizeit- und Erholungsmaßnahmen sowie Bildungsmaßnahmen**
0279/2017
- 9 Maßnahmebeschluss Kita "Taubenschlag", Im Schlangenhöfchen**
- 10 Trägersauswahl für die neue Kindertageseinrichtung "Taubenschlag" in Frankendorf, Im Schlangenhöfchen**
0302/2017
- 11 Zusätzliche Plätze im Außerunterrichtlichen Angebot an den Offenen Ganztagsgrundschulen im Schuljahr 2017/18**
0272/2017
- 12 Anträge**
- 13 Anfragen der Ausschussmitglieder**

Protokollierung

Ö Öffentlicher Teil

1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit

Die Ausschussvorsitzende Frau Münzer eröffnet die 17. Sitzung des Jugendhilfeausschusses in der laufenden Wahlperiode und gibt die nicht anwesenden Ausschussmitglieder bekannt. Entschuldigt fehlen Frau Casper (CDU-Fraktion, Vertretung ab 17.15 Uhr durch Herrn Voßler), Frau Hauske (AWO, Vertretung durch Frau Brala), Herr Kikol (DPWV, Vertretung durch Herrn Marzinkowski), Herr Pfarrer Werner (Evangelische Kirche, Vertretung durch Frau Mester-Niehoff) und Frau Gräfe (Stadtsporthilfsverein, Vertretung durch Herrn Münsterteicher). Darüber hinaus nehmen Herr Schäfer (Katholische Jugendagentur) für Herrn Wolter, Frau Becker (Amt für Diakonie) für den ausgeschiedenen Herrn Hildner, Frau von Nocks (Jugendamtselternbeirat) für Frau Hölzer und Herr Basyigit (Integrationsrat) für Frau Celik an der Sitzung teil. Entschuldigt fehlt Herr Bertenrath (Vertreter der Schulen). Die Teilnehmerliste ist als *Anlage 1* beigefügt. Frau Münzer stellt die ordnungsgemäße und rechtzeitige Einberufung fest.

Sodann wird Frau Bräuer (Arbeitsagentur) unter Verlesung des Verpflichtungstextes in feierlicher Form als Mitglied im Jugendhilfeausschuss eingeführt und zu einer ordnungsgemäßen und gewissenhaften Wahrnehmung ihrer Aufgaben verpflichtet. Über die Verpflichtung wurde eine gesonderte Niederschrift gefertigt.

Frau Schlich zieht für die Verwaltung die Tagesordnungspunkte

Ö 9: Maßnahmebeschluss Kita „Taubenschlag“, Im Schlangenhöfchen

Ö10: Trägerauswahl für die neue Kindertageseinrichtung „Taubenschlag“ in Frankenforst, Im Schlangenhöfchen

zurück und kündigt eine Erläuterung unter „Mitteilungen des Bürgermeisters“ an.

2. Genehmigung der Niederschrift der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil

Herr Droege (Katholische Kirche) verweist darauf, dass die unter **TOP Ö 5: Mitteilungen des Bürgermeisters** auf Seite 7 gewählte Bezeichnung „Katholisches Jugendamt“ nicht mehr stimme. Richtig sei die Bezeichnung „Katholische Jugendagentur“.

Mit dieser Ergänzung wird die Niederschrift über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 11.05.2017 – öffentlicher Teil genehmigt.

3. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 11.05.2017 - öffentlicher Teil 0287/2017

Die Vorlage wird ohne Anmerkungen zur Kenntnis genommen.

4. Mitteilungen der Ausschussvorsitzenden

Frau Münzer verweist auf den Kinder- und Jugendförderplan, der auf die Tische verteilt wurde. Weiterhin verweist sie auf das zehnjährige Bestehen des Krea-Jugendclubs letzten Dienstag. Im

Jugendamt findet eine Ausstellung statt. Am 09.07. wird das 40-jährige Bestehen der Kreativitätsschule gefeiert.

Am 23.09. ist Weltkindertag im Wohnpark Bensberg. Parallel dazu findet das Schlossstadtfest statt. Zwischen beiden Veranstaltungen pendelt der „Stadhüpfel“.

5. Mitteilungen des Bürgermeisters

Frau Schlich stellt einfürend Herrn Jendrach aus der Verwaltung des Jugendamtes vor. Sodann informiert sie den Ausschuss darüber, dass kommenden Montag Frau Chahbari ihre Stelle als Integrationsbeauftragte der Stadt Bergisch Gladbach antritt.

Frau Schlich begründet, warum die Verwaltung die Tagesordnungspunkte Ö 9 und Ö10 zurückzog. Für die Nutzung der Container als Kindertageseinrichtung müssten Umbaumaßnahmen in einer Größenordnung von voraussichtlich 500.000 € bis 600.000 € durchgeführt werden, um vom Landschaftsverband eine Betriebserlaubnis zu bekommen. Die Auflagen der Unfallkasse NRW belaufen sich alleine auf etwa 150.000 €. Für eine fünfjährige Nutzung der Container sei dieser Aufwand nicht wirtschaftlich; für eine zehnjährige Nutzung seien die Container nach Auffassung der Fachverwaltung nicht mehr geeignet. Die Verwaltung würde erneut prüfen und ggfs. einen neuen Beschluss, evtl. zu einem Neubau, herbeiführen.

Der geplante Umbau an einer evangelischen Einrichtung sei ebenfalls ins Stocken geraten, weil der Träger nochmals in Prüfungen eingetreten sei.

Nachgedacht würde über eine zusätzliche Gruppe bei der AWO durch den Umbau eines anderweitig genutzten Raumes.

Herr Zenz verweist auf als Tischvorlage verteilte Postkarten, bei denen es sich um ein neues Format handelt. Sie wurden vom Jugendamt zusammen mit dem „Netzwerk Frühe Hilfen“ entwickelt. Die Motive seien auch als City-Light-Poster an den Bushaltestellen präsent gewesen.

Bis zum 14.07. wird die Fühlfragen-Ausstellung in der „Roten Schule“ gezeigt. Sie wird alle zwei Jahre in Bergisch Gladbach für dritte und vierte Schuljahre gezeigt. Dieses Jahr werden 18 von 21 Schulen an der Veranstaltung teilnehmen.

Acht Kindertagespflegepersonen bestanden ihre Qualifikation; sie bekommen im September ihr Zertifikat.

Zum 15. Kinder- und Jugendbericht des Bundes soll ein jugendpolitisches Forum am 12.10. von 17.30 Uhr bis 20.30 Uhr im Kreishaus Rubezahlwald 7 stattfinden. Thema sei „Die Jugend – Wer ist das?“. Save the date-Einladungen folgen noch.

Herr Buhleier informiert darüber, dass das Landesjugendamt an die Verwaltung mit einem Sonderprogramm für junge geflüchtete Menschen herangetreten sei. Dieses Programm richtet sich an Kommunen mit mindestens zwei Einrichtungen der Jugendberufshilfe. Ziel ist, im Übergang Schule – Beruf Angebote für junge Flüchtlinge zu machen. Antragsteller sei die Stadt; das Geld würde an das Projekt („Wie funktioniert Deutschland“) der AWO weitergeleitet. Das Projekt solle mit unterschiedlichen Modulen unterschiedliche Themenbereiche angehen. Für dieses Programm würden für das zweite Halbjahr 2017 79.000 € zur Verfügung gestellt, ohne dass ein seitens der Stadt ein Eigenanteil aufgebracht werden müsste.

Herr Kreutz (SPD-Fraktion) sieht in den Plätzen, die nicht in der Einrichtung Im Schlangenhöfchen angeboten werden können, ein großes Problem für Refrath. Er bittet darum, für die nächste Sitzung des Jugendhilfeausschusses zu diesem Thema eine Mitteilungsvorlage zu erstellen. Er formuliert dazu folgende Anfrage:

„Die Verwaltung möge in einer Vorlage Stellung nehmen zu der Frage, wie es zu der Kostensteigerung auf 500.000 oder 600.000 € beim KITA-Projekt im Schlangenhöfchen kommen konnte und welche Schlüsse hieraus zu ziehen sind. Denn ursprünglich ging die Verwaltung davon aus, das Projekt realisieren zu können und das steht hier in Frage.“

Wenn es sich um bauordnungsrechtliche Gründe handelt:

Welche (baulichen) Standards sollen dadurch eingehalten werden? Gibt es – bezogen auf den jeweiligen Standard – Ermessensspielräume? Gibt es andere Lösungen, die ebenfalls den Sicherheitsvorschriften genügen, aber gleichzeitig kostengünstiger sind? D. h.: Wo sind bei der Umsetzung Spielräume? Wer hat darüber zu entscheiden? Ggfs. sollte der- oder diejenige in die nächste Sitzung eingeladen werden. Wenn gewünscht, könnte die Beratung auch im nichtöffentlichen Teil erfolgen. Das ist ja eventuell eine verwaltungsinterne Angelegenheit.“

Frau Schlich sagt eine Beantwortung zu. Bei den angesprochenen 500.000 € handele es sich nicht nur um *Mehrkosten*, da z. B. der Umbau der Toiletten schon vorher bekannt gewesen sei.

6. Sachstandsbericht "Stadtteilhaus im Hermann-Löns-Viertel (HLV)" 0289/2017

Frau Schlich erläutert die Vorlage.

Herr Droege begrüßt die Entwicklung und erklärt, neben der baulichen Frage gehe es auch um die inhaltliche hinsichtlich der Nutzung des Gebäudes über die Kindertagesstätte hinaus, also um die soziale Arbeit und die freizeitpädagogische Arbeit mit Kindern hinaus. Herr Droege verliest eine „Stellungnahme des Jugendhilfeausschusses der Stadt Bergisch Gladbach und der Arbeitsgemeinschaft Jugendhilfe in der Stadt Bergisch Gladbach“, die die Arbeitsgemeinschaft Jugendhilfe gestern bereits einvernehmlich empfohlen habe (*Anlage 2*).

Frau Holz-Schöttler (SPD-Fraktion) schließt sich dem Vortrag Herrn Droeges an und spricht sich für eine Beschlussfassung im Jugendhilfeausschuss aus.

Auf Anfrage Frau Scheerers (Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN) nach der Beauftragung des Architekten Voigtländers (S. 10 der Einladung) erklärt Frau Schlich, die Beauftragung sei freihändig durch das Jugendamt erfolgt. Herr Voigtländer wurde wegen seiner Erfahrung in den Bereichen Kindertagesstätten und ähnlicher Häuser wie dem Stadtteilhaus ausgewählt; er verfügt auch über die erforderliche Ortskenntnis. Er habe z. B. das ZAK am Bockenberg geplant. Während eines Arbeitstreffens letzte Woche habe sich ergeben, dass trotz der nicht so großen Fläche alle gewünschten Nutzungen umgesetzt werden können.

Herr Buchen (CDU-Fraktion) bedankt sich für die Formulierung Herrn Droeges. Auch wenn einem Haushaltsbeschluss nicht vorgegriffen werden kann, sei es dennoch wichtig, die Erwartungen des Jugendhilfeausschusses deutlich zu machen.

Herr Schäfer (Katholische Jugendagentur) erklärt sich für befangen und nimmt nicht an der Abstimmung teil.

Der Jugendhilfeausschuss fasst folgenden

Beschluss: (einstimmig)

Der von Herrn Droege vorgetragenen und als *Anlage 2* beigefügten Resolution wird zugestimmt.

7. **Landesprogramm zur Förderung der sozialen Arbeit an Schulen - Fortführung im Jahr 2018**
0231/2017

Frau Schlich und Frau Münzer berichten, dass der Ausschuss für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Frau und Mann dem Beschlussvorschlag einstimmig gefolgt sei.

Herr Buchen schlägt für die CDU-Fraktion folgende Änderung des Beschlussvorschlags vor (Die Änderung ist *kursiv* gedruckt):

- „1. Die Änderung des Angebots „Bildungs- und Teilhabeberatung (BuT) – Soziale Arbeit an Schulen) im Jahr 2018 wird *für dringend erforderlich erachtet*.
2. . . .“

Herr Schäfer (Katholische Jugendagentur) und Herr Köchling (Caritasverband) nehmen befangen nicht an der Abstimmung teil.

Der Jugendhilfeausschuss fasst folgenden geänderten

Beschluss: (einstimmig)

1. Die Fortführung des Angebots „Bildungs- und Teilhabeberatung (BuT) - Soziale Arbeit an Schulen“ im Jahr 2018 wird *für dringend erforderlich erachtet*.
2. Über die Bereitstellung des notwendigen städtischen Zuschusses in Höhe von 179.082,18€ soll in den kommenden Haushaltsberatungen für das Jahr 2018 entschieden werden.

8. **Bericht über die Freizeit- und Erholungsmaßnahmen sowie Bildungsmaßnahmen**
0279/2017

Auf Anfrage Frau Meinhardts (Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN) erklärt Frau Werker, letztes Jahr wurde kein Antrag auf inklusive Freizeiten gestellt.

9. **Maßnahmebeschluss Kita "Taubenschlag", Im Schlangenhöfchen**

Dieser Punkt wurde von der Tagesordnung abgesetzt.

10. **Trägerauswahl für die neue Kindertageseinrichtung "Taubenschlag" in Frankenforst, Im Schlangenhöfchen**
0302/2017

Dieser Punkt wurde von der Tagesordnung abgesetzt.

11. Zusätzliche Plätze im Außerunterrichtlichen Angebot an den Offenen Ganztagsgrundschulen im Schuljahr 2017/18
0272/2017

Für Herrn Buchen wurde aus den vorhandenen Möglichkeiten das Maximum herausgeholt. Die Schaffung weiterer Plätze setzte zusätzliche Räumlichkeiten voraus, die die Stadt nicht alleine bauen könne. Außerdem müssten andere Angebotsformen gesucht werden. Die Ausweitung der Randstundenbetreuung als kleines Angebot in Schulen müsse schnellstmöglich geprüft werden.

Frau Holz-Schöttler verweist darauf, dass durch eine Randstundenbetreuung nicht mehr Räume zur Verfügung stehen. Sie sieht eine noch größere Belastung hinsichtlich der Einhaltung von Qualitätsstandards.

Frau Schlich bestätigt, dass Randstundenbetreuungen tatsächlich in Schulräumen stattfinden. Durch die Eltern wurde die Beibehaltung der Randstundenbetreuung forciert. Gleichwohl stehen immer noch 171 Kinder auf den Wartelisten für einen OGS-Platz. Sie erinnert an ihre Ausführungen zur Integrierten Schulentwicklungsplanung aus der letzten Sitzung.

Herr Droege sieht einen erhöhten Zuschussbedarf für den OGS-Bereich. Auch der Bedarf sei hinlänglich bekannt. Er begrüße, dass das Thema in Bergisch Gladbach in der Jugendhilfe angesiedelt wurde. Bei aller Problematik gehe es um eine gute Pädagogik für die Kinder und erst in zweiter Linie um die Bedarfe der Eltern.

Frau Schmitz (DPWV) wirbt dafür, neben der Quantität auch möglichst bald über die Qualität zu diskutieren. Am 12.07. fahren 90 Menschen trägerübergreifend aus den OGS nach Düsseldorf und übergeben beim Landtag die Forderungen aus der OGS-Kampagne. Diese beziehen sich auf die Qualität der OGS.

Auf Anfrage Frau Meinhardts nach dem Trägerwechsel an drei OGS erklärt Frau Liebmann-Buhleier, dass an der Grundschule Gronau die Katholische Jugendagentur neuer Träger wird. In Paffrath und in Heidkamp würde das Deutsche Rote Kreuz neuer Träger.

Der Jugendhilfeausschuss fasst folgenden

Beschluss: (einstimmig)

Im Schuljahr 2017/18 werden bis zu 2.798 Plätze im Außerunterrichtlichen Angebot an den Offenen Ganztagsgrundschulen gefördert. Plätze, die ggf. vom Land nicht gefördert werden, werden allein aus städtischen Mitteln richtliniengemäß und unter Heranziehung von Elternbeiträgen finanziert.

12. Anträge

Es werden keine Anträge gestellt.

13. Anfragen der Ausschussmitglieder

Herr Kreutz bittet um nähere Informationen zum Stand der Versorgung mit Kitas in Bensberg. Er stellt folgende Frage:

„Die Verwaltung möge in einer Vorlage darstellen, wo im Stadtteil Bensberg Potenzialflächen für die Einrichtung einer weiteren Kita (3 Gruppen) liegen. Darüber hinaus bitten wir um Auskunft, warum die Flächen einer Betreuungsnutzung zugeführt werden können bzw. warum nicht.“

Sodann verweist Herr Kreutz auf die Betreuungsplätze insgesamt und die Diskussion des Flächennutzungsplanes. Er möchte wissen, wie sich nach Erfahrung bzw. der heutigen Prognose der Verwaltung die Nachfrage nach Betreuungsplätzen entwickeln wird in Relation zu den vier Bevölkerungsentwicklungsszenarien. Der Flächennutzungsplan geht bei der Planung von vier verschiedenen Steigerungszahlen der Bevölkerung aus. Herr Kreutz möchte wissen, was dies für die Betreuungsplätze heiße.

Frau Lehnert erklärt, nach ihrem Kenntnisstand sei der Bolzplatz auf dem Freigelände zwischen Kindergarten und Friedhof in Kippekausen zurzeit in einem sehr schlechten Zustand. Sie möchte wissen, ob dort verwaltungsseitig etwas geplant sei und wenn ja, was.

Herr Zenz bestätigt den nicht akzeptablen Zustand dieses Bolzplatzes. Die Fläche sei uneben. Mit dem Grünflächenamt werden Gespräche darüber geführt, inwiefern Sanierungsmöglichkeiten bestehen. Gerade wurde eine neue Reifenschwinge aufgestellt. Außerdem gebe es Spielmöglichkeiten für Kleinkinder und zwei Tischtennisplatten. Die Fläche sei sehr groß.

Herr Buchen verweist auf die Spielgruppen für Zwei- bis Dreijährige. Er fragt nach dem derzeitigen Anmeldestand. Er habe gehört, dass die eine oder andere Spielgruppe wohl Probleme habe, die Gruppe voll zu bekommen. Dies liege auch daran, dass Eltern lieber einen Kitaplatz nehmen, weil eine Versorgung der Kinder mit drei Jahren schwieriger sei als mit zwei Jahren.

Herr Buchen fragt weiter nach Möglichkeiten der Stadt, Werbung für die Spielgruppen zu machen. In diesem Zusammenhang verweist er auf den Facebook-Auftritt der Stadt. Werbung der Eltern könne zeitnah über eine Presseerklärung kanalisiert werden.

Frau Münzer teilt mit, dass Herr Mumdey heute an seiner letzten Sitzung des Jugendhilfeausschusses teilnimmt, da er in den Ruhestand tritt. Namens unter Beifall des Jugendhilfeausschusses bedankt sie sich bei Herrn Mumdey, verabschiedet ihn und wünscht ihm alles Gute.

Herr Mumdey bedankt sich für die stets konstruktive und gute Zusammenarbeit. Zu seiner Verabschiedung am 04.09. werden alle Ausschussmitglieder eingeladen.

Frau Münzer schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 18:02 Uhr.

gez. Münzer
Vorsitzender

gez. Schriftführung